



Frau  
Merle Spellerberg, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

AKEN - Aktionskreis Energie & Naturschutz  
Vorsitzender: Dr. Titus Kretzschmar  
titus.kretzschmar@energie-naturschutz.de  
<https://ak-energie-naturschutz.de>

Frankfurt am Main, November 2021

Sehr geehrte Frau Spellerberg,

der allseits respektierte Bundesrechnungshof hat die derzeitige Energiewendepolitik mehrfach in ungewohnter Schärfe aus technischen, projektplanerischen und finanziellen Gründen detailliert kritisiert.

78% repräsentativ befragter Personen erklärten, diese Energiewende sei zu teuer. 66% halten deren Umsetzung für chaotisch.

Diese Energiewende ist in manchen Aspekten schon gescheitert und steht in anderen vor dem Scheitern. Die versprochene Technologieführerschaft und ein Export-Boom sind ausgeblieben, die Exporte in diesem Bereich brechen zurzeit ein. Energieintensive Industrien wandern ab (z.B. Stahl-Holding-Saar, Siltronic/Wacker). Weitere Abwanderung wird folgen, insbesondere der Chemie-, Stahl- und Automobilindustrie. Die zunehmende Unsicherheit unserer Energieversorgung wird durch vermehrte Zwangsabschaltungen von z.B. Aluminiumhütten sowie Notfall-Stromimporte aus französischen Kernkraftwerken evident. Der Mittelstand, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, wird existenzbedrohenden Szenarien ausgesetzt. Zudem schwindet die Akzeptanz in der Bevölkerung aufgrund der weltweit höchsten Strompreise.

Der unabhängige, faktenorientierte, diskursfördernde und weit vernetzte Aktionskreis Energie & Naturschutz (AKEN) hat diese Kritik aufgegriffen und Vorschläge für eine sichere, ressourcenschonende, natur- und artenschützende sowie bezahlbare Energieversorgung erarbeitet.

Wir stellen die Frage an Sie, wie Sie sich bei dem Thema Energieversorgung positionieren wollen, um Ihrer hohen, öffentlichen Verantwortung gerecht zu werden. Wollen Sie den Abstieg des Industrie- und Produktionsstandorts Deutschlands und die sozialen Verwerfungen mitverantworten, oder wollen Sie die zukünftige Energieversorgung zum Wohle aller rational und unideologisch mitgestalten?

Wenn Sie sich für Letzteres entscheiden, dann ist u. a. eine Maßnahme sofort umzusetzen: Die Laufzeitverlängerung der verbliebenen deutschen Kernkraftwerke, die auch in mehreren unabhängigen Umfragen von der Mehrheit der Befragten befürwortet wird. Damit werden über die Jahre die riesige Menge von insgesamt rund einer Gigatonne CO<sub>2</sub> eingespart (siehe Urteil des BVerfG zur Generationengerechtigkeit), die Strompreiserhöhungen abgefedert, der Erdgasverbrauch nicht zusätzlich ausgeweitet und das Blackout-Risiko verringert. Warum sollten diese Vorteile nicht genutzt werden? Ist das Thema Erderwärmung eventuell doch nicht so dringend? Aktuelle, natürlich auch kritische Fragen zur Kernkraft werden z.B. in Spektrum.de vom 04.11.2021 oder in der F.A.Z. vom 09.11.2021 beantwortet.

Als gewählten Repräsentanten bitten wir Sie daher dringend, im Parlament darauf hinzuwirken, **die Laufzeit der 6 verbliebenen Kernkraftwerke als Energiebrücke zu verlängern, bis ausreichend andere, nichtfossile Energiequellen und Speichertechnologien etabliert sind**. Zur konkreten Umsetzung siehe beiliegendes Dokument.

Mit freundlichen Grüßen im Namen des gesamten AKEN-Vorstands

Dr. Titus Kretzschmar

Eva Greger (stellvertr. Vorsitzende)

## **Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke GER6 ist technisch machbar sowie energiewirtschaftlich und umweltpolitisch geboten - Das Urteil fachkompetenter Manager**

Die historisch unter anderen Randbedingungen beschlossene Stilllegung der sechs verbliebenen Kernkraftwerke bis Ende 2022 ohne objektiven, fachlichen Grund wirft Deutschland in den Bemühungen um eine sichere, ressourcenschonende, natur- und artenschützende sowie bezahlbare Energieversorgung weit zurück:

1. Die Stilllegung dieser Kernkraftwerke macht rund 40 % der mit 20 Jahren EEG erreichten CO<sub>2</sub>-Einsparungen aus Windkraft und Photovoltaik zunichte. In anderen Worten: 30.000 MW Windkraft oder 60.000 MW Photovoltaik jeweils zuzüglich Speichern werden benötigt, um den CO<sub>2</sub>-Effekt der Stilllegung auszugleichen.
2. Da die Stromproduktion der Kernkraftwerke noch über viele Jahre durch Kohle- und Gaskraftwerke ersetzt werden muss, sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen über viele Jahre um rund 60 Mio t/a höher als ohne die Stilllegung. Dies widerspricht dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Generationengerechtigkeit im Klimaschutz.
3. Die Stilllegung erhöht die Stromerzeugungskosten um weit mehr als 4 Mrd. € jährlich.
4. Sie heizt den ohnehin angespannten Markt für Erdgas weiter an und erhöht die Abhängigkeit, besonders von russischem Erdgas mit all seinen geopolitischen Konsequenzen.
5. Da die Ersatzkapazitäten nicht rechtzeitig verfügbar sind, erhöht die Stilllegung der Kernkraftwerke das Blackout-Risiko.

Die Stilllegung der GER6 wird nicht selten als technisch und organisatorisch unumkehrbar dargestellt. Um diese Aussage zu verifizieren oder zu falsifizieren, wurden die Möglichkeiten der Laufzeitenverlängerung mit hochrangigen und fachkompetenten Managern aus der Führung von Kernkraftwerken diskutiert. Diese Manager sind bereit, auf Nachfrage auch mit ihrem Namen für die Aussagen einzustehen. Gemeinsames Verständnis ist:

1. Der Weiterbetrieb ist technisch möglich sowie energiewirtschaftlich und umweltpolitisch geboten.
2. Die heutigen Betreiber lehnen den Weiterbetrieb aus unternehmensstrategischen Gründen ab. Die Betreiber RWE, EON/PreußenElektra, Vattenfall und EnBW haben sich inzwischen anderweitig aufgestellt und ihre Unternehmensstrategie auch bei den möglichen Kapitalgebern hinterlegt, auf die sie bei der Umsetzung ihrer Strategie angewiesen sind.
3. Die Initiative zum Weiterbetrieb der Kernkraftwerke müsste deshalb von der Politik ausgehen.
4. Die verbliebenen Kernkraftwerke sollten in eine gemeinsame Gesellschaft ohne Beteiligung der bisherigen Betreiber überführt werden, die die volle staatliche Unterstützung hat.
5. Für die Kernkraftwerke, die dieses Jahr außer Betrieb gehen sollen, müsste eine mehrmonatige Pause für die Beschaffung und Beladung mit Brennstoff, ggf. auch für eine Sicherheitsüberprüfung eingelegt werden.

### **Sofortmaßnahme**

Die Betreiber der 2021 zur Stilllegung vorgesehenen Kernkraftwerke Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen sollen angewiesen werden, mit dem Erlöschen der Betriebserlaubnis Ende 2021 keine Maßnahmen zu verbinden, die eine Wiederinbetriebnahme erschweren oder sogar verhindern.